



Aus der BVV



Seite 2

Bürger-Protest



Seite 5

Überfallen



Seite 6

Aus der BVV

Wenn sie nur miteinander redeten ...



Langsam wird es langweilig. In der Novemberausgabe von extraDrei berichteten wir über „Kommunikationsprobleme“ zwischen Senat und Bezirk am Beispiel des Künstlerhofes Buch. So was können wir aber auch ganz alleine. Im Mittelpunkt der 10. Tagung der BVV stand die Tatsache, dass verschiedene Abteilungen offenbar nicht miteinander sprechen. Aber der Reihe nach.

Mit einer Großen Anfrage verlangten alle Fraktionen außer der PDS Auskunft darüber, wie denn nun der Stand des Umzuges der Gustave-Eiffel-Oberschule von der Kastanienallee in das Gebäude der ehemaligen Julius-Rosenberg-Oberschule in der Hans-Eisler-Straße sei. Diesen Umzug hatte das Bezirksamt im April beschlossen, weil einerseits die Julius-Rosenberg-Oberschule mit Beginn des Schuljahres 2002/2003 mangels Schülern aufgehoben werden mußte, andererseits der Schulstandort an der Kastanienallee aber viel schlechter ist, als der an Hans-Eisler-Straße.

Dort stehen ein größerer Schulhof, ein Schulgarten und eine viel größere Turnhalle zur Verfügung. Als entscheidenden Grund nennt der damalige Bezirksamtsbeschuß pikanter Weise, daß durch den Umzug Sanierungskosten von rund 2,3 Millionen Euro für den Standort Kastanienallee eingespart werden würden. Der Umzug selbst sollte nur 10.200 Euro kosten.

Also begannen alle zu planen: die Abteilung Schule den Umzug in den Weihnachtsferien, das Hochbauamt die Herrichtung des Komplexes an der Hans-Eisler-Straße, der Immobilienservice die Nachnutzung des Standortes Kastanienallee. Interessenten meldeten sich, darunter eine Freie Schule, aber auch Vertreter aus der Wirtschaft. Und das muß auch der Zeitpunkt gewesen sein, an dem die Abteilungen aufhörten, miteinander zu reden.

Jetzt, auf den letzten Drücker, stellt sich nämlich heraus, daß der Umzug statt 10.200 nun 1,2 Millionen Euro kosten wird. Als Hauptgrund wird angegeben, in der Hans-Eisler-

Straße sei zwischen April und Oktober die Deckenverkleidung kaputt gegangen und Mineralwolle sei zu Tage getreten, die nun entsorgt werden müsse. Oh Wunder – dabei handelt es sich um einen DDR-Plattenbau, man hätte also schon vorher auf die Idee kommen können. Folgerichtig behauptet das Hochbauamt heute, daß es schon im April die Beschlußvorlage des Schul- und Sportamtes nicht mitgezeichnet hat – um so naheulegen, es selbst hätte so etwas geahnt. Warum die Mitarbeiter des Hochbauamtes dann aber nicht den Mund aufgemacht haben, bleibt offen. Genauso offen bleibt die Frage, wann die Gustave-Eiffel-Oberschule nun umzieht oder wie lange Schüler und Lehrer noch auf quasi gepackten Koffern sitzen müssen.

Und den Bezirksverordneten bleibt wieder nur, kopfschüttelnd das Verwaltungswirrwarr zu betrachten. Denn 1,2 Millionen Euro haben sie auch nicht.

Wolfram Kempe

Nur ein kleines Stück des Weges



Jugendpolitischer
Sprecher der
Fraktion

Mit 15 ordentlichen Sitzungen und mehreren Sondersitzungen geht der Kinder- und Jugendhilfeausschuß nun in den Jahreswechsel. Nach den Neuwahlen stellte sich die Aufgabe, die vielfältige Landschaft der Kinder- und Jugendarbeit im Bezirk neu zu koordinieren und im Interesse von 81.777 Kindern und Jugendlichen Politik zu gestalten. Darüber hinaus hieß es, sich unter einer neuen Herausforderung zu recht zu finden. Denn nunmehr ist die PDS bekanntlich in Regierungsverantwortung. Dieses trug nicht immer zu einem entspannten Arbeiten auf dem Gebiet der Jugendhilfe bei.

Nicht desto trotz wurde das Jahr genutzt, um wichtige Prozesse ins Rollen zu bringen. So erstellte der Ausschuß eine Kindertages- und

Jugendfreizeitstättenentwicklungsplanung. Beide Planungen dienen nun als Richtschnur für Veränderungen, aber auch um den Akteuren Handlungssicherheit zu geben. Des weiteren setzte sich der Jugendhilfeausschuß in mehreren Fachdebatten u.a. mit den Themen Erholungsmaßnahmen, Übertragung von Kindertagesstätten an Freie Träger, Hilfen zur Erziehung, Beteiligung und Mitbestimmung, Jugendberufshilfe und politische Bildung auseinander.

In den vergangenen Tagen sorgte die Förderung von Projekten Freier Träger für viel Aufregung. Von 43 Antragstellern können für das kommende Jahr 34 gefördert werden. Im Rahmen der Förderempfehlung kam es zu der Entscheidung, daß es für vier Projekte im nächsten Jahr

keine Förderung mehr geben wird. Aber immerhin werden auch drei neue Projekte gefördert, die bisher nicht über bezirkliche Mittel finanziert wurden. Sicherlich ist diese Entscheidung nicht frei von Kritik, aber in Anbetracht der finanziellen Spielräume und in Verantwortung für den Gesamtbezirk mußten strukturelle Veränderungen getroffen werden.

Angesichts der bisherigen Ergebnisse wird klar, daß sich auch die PDS-Fraktion in der BVV im kommenden Jahr noch stärker in die weitere Entwicklung der bezirklichen Jugendhilfe einbringen muß. Das Ziel, den Bezirk kinder-, jugend- und familienfreundlich zu entwickeln, heißt es weiterhin intensiv zu verfolgen.

Sascha Kummer

Eine Bilanz des Bürgermeisters

Die Mühen unserer Ebene

Seit der Konstituierung des neuen Bezirksamtes im Februar diesen Jahres ist es gelungen, Schwerpunkte der Arbeit zu definieren, die von großer Bedeutung für die zukünftige Entwicklung der Kommunalpolitik im Bezirk sind. Dies war ungeachtet der langwierigen Auseinandersetzung zwischen den Parteien bei der Wahl des Bezirksamtes meistens im Konsens möglich, so daß sich auch Befürchtungen hinsichtlich der Politikstils bei einer Mehrheit der PDS im Bezirksamt nicht bestätigt haben. Durch transparente, zielführende, an den Sachfragen der Kommunalpolitik orientierte Arbeit konnte trotz der drückenden Haushaltslage auch mit der BVV zu wichtigen Themen ein konstruktives Vorgehen erreicht werden.

In den zurückliegenden Monaten mußten Bezirksfusion, Verwaltungsreform und Leistungserbringung für die Bürgerinnen und Bürger trotz Haushaltsnotlage abgesichert und vorangetrieben werden. Dabei konnte es nicht ausbleiben, daß um die Verteilung der Lasten zeitweilig auch von mir Auseinandersetzung mit der Landesebene

geführt wurden, obwohl die PDS nun mitregiert. Gerade die extreme Lage des Landes Berlin erfordert gemeinsame Anstrengungen in Stadt und Bezirken, die aber auch realistisch und sozial gerecht verteilt werden müssen. Unerfüllbare Vorgaben mit sozialer Schieflage sind demotivierend und behindern jeden ernsthaften Willen zur Haushaltskonsolidierung. Ähnliches muß von unsachlichen, öffentlichen Schuldzuweisungen gesagt werden, die die Existenzberechtigung der Bezirke in Frage stellen.

Zentralismus und Abbau von Demokratie, das wissen Ostdeutsche erfahrungsgemäß besser als Westdeutsche, können vielleicht zeitweilig ein Mehr an Wirtschaftlichkeit vorgaukeln, am Ende tragen sie aber nur zur Fehlsteuerung, Interessenkollision und Verantwortungslosigkeit bei.

Im Spätsommer hat das Bezirksamt auf einer Klausurtagung wichtige Schritte in Richtung Bürgerfreundlichkeit, Abbau von Bürokratie, mehr Effizienz bei Personal- und Sachmitteleinsatz sowie der Nutzung der bezirklichen Liegen-

schaften beschlossen, die nun umgesetzt werden müssen. Damit verbinden sich große Herausforderungen, aber auch Zumutungen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezirksverwaltung, Freie Träger und andere. Diese sind jedoch

unverzichtbar, wenn es gelingen soll, Kommunalpolitik und Verwaltung als Dienst am Bürger auch unter den schwierigen Bedingungen im Land Berlin glaubwürdig zu erhalten.

Dazu hat sich die PDS mit der Übernahme von Regierungsverantwortung in Berlin bekannt und ihre Politikfähigkeit auf den Prüfstand gestellt. Für das Jahr 2003 wünsche ich mir dabei in Berlin und im Bezirk vorzeigbare Ergebnisse, für die Bundespartei kann man nur hoffen.

Allen Lesern von extraDrei ein fröhliches Weihnachtsfest und einen erfolgreichen Jahreswechsel.

Burkhard Kleinert



Frühstück mit dem Bürgermeister

Nach fast einem Jahr im Amt traf sich der Bürgermeister Ende November im Weißenseer Freizeithaus zu einem Frühstück mit Bürgerinnen und Bürger. In seiner Begleitung waren der stellvertretende Bürgermeister und Sozialstadtrat Johannes Lehmann und Frau Heinrich, persönliche Mitarbeiterin im Team des Bürgermeisters.

Das Spektrum der gestellten Fragen drehte sich um Probleme, die den Bürgern das tägliche Leben beschweren. Man faßt sich an die Stirn, wenn zur Kenntnis gebracht wird, daß die Spielplätze im Thälmann-Park von Kampfhundhaltern okkupiertes Areal sind. Die Polizei antwortet nur, die Kinder und ihre Begleitpersonen sollten doch auf

andere Anlagen ausweichen. So jedenfalls die Besatzung eines Streifenwagens – obendrein sei der Thälmann-Park schließlich ein „gefährlicher Ort“. Schriftliche Eingaben seitens der Bürger an die zuständige Polizeidirektion blieben ohne Antwort. Der Bürgermeister verspricht nun: Beim nächsten turnusmäßigen Treffen mit Polizeikräften kommt das Problem sicher zur Sprache.

Immer noch werden Fragen aufgeworfen, die das Zusammenwachsen der drei ehemaligen Altbezirke betreffen. Beispiel: Bleiben alle Heimatmuseen weiter bestehen? Wohl nicht, weil nicht finanzierbar. Einer ehemalige Schule am Wasserturm auf dem Prenzlauer Berg ge-

hört als zentralem Standort die Zukunft, doch bis dahin bleiben die alten Museumsstandorte erhalten.

Abhilfe für viele der angesprochenen Ärgernisse fällt in die Zuständigkeit des Senates, von dem aber alle Anwesenden wußten, daß ihm ständige Haushaltssperren und der permanente finanzielle Notstand befriedigende Lösungen unmöglich machen.

Zum Abschluß versprach der Bürgermeister, er werde in ungefähr einem halben Jahr wieder zu Gast im Freizeithaus sein und Rede und Antwort stehen. Dann aber zu anderer Stunde, damit auch interessierten Berufstätigen die Teilnahme ermöglicht wird. Also – zum Abendbrot? *Horst Zakrzewski*

Klausur der BVV-Fraktion

Neue Ziele



Gespräch mit Michael van der Meer, Vorsitzender der PDS-Fraktion

Die Fraktion hat am 23. und 24. November eine Klausur durchgeführt. Womit habt ihr Euch beschäftigt?

Wir haben versucht, anhand der Aussagen unseres Wahlprogrammes, die nächsten Schritte und Ziele unserer Arbeit zu bestimmen. Es geht darum, ein politisches Projekt zu entwickeln, mit dem wir als stärkste Fraktion in der BVV der daraus erwachsenden Verantwortung auch gerecht werden können.

Wenn eine Fraktion 22 engagierte Mitglieder hat, ist ein solches Vorhaben von vorn herein schwierig: Jeder Fachpolitiker empfindet sein spezielles Fachgebiet naturgemäß als das jeweils Wichtigste. Aus diesem Grunde hatte der Fraktionsvorstand ein – zugegebenermaßen – etwas kompliziertes statistisches Verfahren entwickelt, das dazu dienen sollte, diese individuellen Faktoren auszuschalten. Es war ein Versuch – und er hat funktioniert. In grober Formulierung, eine bessere haben wir momentan noch nicht, wird sich die Fraktion mindestens im nächsten Jahr vorrangig und fachübergreifend mit der „Entwicklung der sozio-kulturellen Infrastruktur“ befassen, wozu unserer Meinung nach essentiell auch die Durchsicht aller kommunalen Leistungen und Angebote gehört. Wir wollen eine Stärkung durch Straffung erreichen.

Das hört sich zunächst bedrohlich an ...

Die PDS stand der Bezirksfusion immer skeptisch gegenüber, aber außer uns hat offensichtlich noch niemand begriffen, daß sie nicht mehr rückgängig zu machen sein wird. Wir versuchen die einfache Frage zu stellen, welche Chancen die Fusion real eröffnet. Unserer Erfahrung aus dem ersten Jahr der neuen Wahlperiode nach sind nicht mehr die Bezirksverordneten sondern die drei „alten“ Teile „der Ver-

waltung“ in Grabenkämpfe verstrickt, die eine in die Zukunft gewandte Politik für die Bürgerinnen und Bürger – mindestens – behindert. Dies wollen wir durchbrechen. Momentan werden in den verschiedensten Verwaltungsbereichen Pläne erstellt; uns ist dabei niemand bekannt, der sie in Beziehung zueinander setzt. Diese Arbeit schultern zu wollen, ist nunmehr der erklärte Wille der Fraktion.

Wie macht die PDS als stärkste kommunalpolitische Kraft ihr Wirken transparent?

Im jetzt ablaufenden Jahr hatten mindestens die Fraktion damit Schwierigkeiten. Auch wir mußten uns unter den Bedingungen des Großbezirkes neu orientieren. Der „Vereinigungs“-Prozeß der Alt-Bezirke dauert mittlerweile zwei Jahre, und damit viel zu lange. Genau darum unternehmen wir ja den Versuch, neue Perspektiven zu entwickeln. In die skizzierte Arbeit wollen wir nämlich unbedingt die interessierte genauso wie die Fachöffentlichkeit einbeziehen. Der stärksten Fraktion in der BVV fällt durch Wählerentscheidung die Verantwortung zu, die Eckpunkte der Bezirkspolitik zu bestimmen – glauben wir jedenfalls. Die Probe auf Exempel wollen wir antreten.

Aber ihr arbeitet unter der Bedingungen einer katastrophalen Finanzlage.

Die Bezirke sind – wie allgemein bekannt – weitgehend handlungs-

unfähig. Welche Konsequenzen der Nachtragshaushalt Berlins haben wird, ist noch nicht abzusehen. Das Haushaltsdefizit für 2002 beträgt in unserem Bezirk über 20 Millionen Euro. Im Mittelpunkt der künftigen Arbeit müssen daher aber auch Fragen der Effizienz, der Bündelung von Ressourcen stehen. Konsequente Kosten-Nutzen-Analysen müssen erbracht werden. Ressourcensparende „Stärkung durch Straffung“ eröffnet neue Möglichkeiten, wie zum Beispiel der Bereich Bibliotheken zeigen soll. Die Aufgabe von einzelnen Bibliotheksstandorten in teuren Mietobjekten und die Konzentration in kommunalen Gebäuden würde zwar für einige Bürger auch weitere Wege bedeuten, könnte dafür aber ein qualitativ höheres Angebot sichern. Freiwerdende finanzielle Mittel stünden für Neuerwerbungen und moderne Medien zur Verfügung. Benutzer-Analysen und Bürgerbefragungen sollen sichern, daß derartige Prozesse sozial verträglich erfolgen. Doch gemeint sind hier nicht allein die Bibliotheken, sondern kommunale Angebote in Gänze.

Übrigens möchte ich noch erwähnen, daß unser Großbezirk in bei Freie Trägern in den Bereichen Jugend, Kultur und Soziales einen Spitzenplatz in Berlin einnimmt. Das ist etwas, was wir verteidigten wollen.

Interview: Renate Tepper

Die fachpolitischen Sprecher der PDS-Fraktion in der BVV

Gleichstellungspolitik: Tina Pfaff, Migrationspolitik: Rudi Blom, Jugendpolitik: Sascha Kummer, Schulpolitik: Katrin Maillefert, Gesundheitspolitik: Moritz Naujack, Sozialpolitik: Eveline Lämmer, Umweltpolitik: Marion Kaulitzki, Behindertenpolitik: Marion Rissmann, Sportpolitik: Ramona Karthe (Bürgerdeputierte), Wirtschaftspolitik: Wolfram Kempe (Bürgerdeputierter), Verkehrspolitik: Rudi Blom, Stadtentwicklungs-/Bau-/Wohnungspolitik: Thomas Goetzke

Die Schwedter ist unsere Straße

Keine ALDI-Straße

Aufregung und Empörung herrscht im Gleimviertel, seit vor wenigen Wochen bekannt wurde, daß in Zusammenhang mit der geplanten Errichtung eines ALDI-Supermarktes die Schwedter Straße ausgebaut und mit der Kopenhagener und der Korsörer Straße wieder verbunden werden soll. Als dann auf einer ersten Informationsveranstaltung für die Bürger am 19. November 2002 der Baustadtrat Federlein erklärte, daß bereits alles schon entschieden und alle Genehmigungen erteilt seien, machten zahlreiche der über 200 Anwesenden Bürger ihrem Unmut Luft.

Keine Bürgerbeteiligung

Jahrelang hatte sich zahlreiche Anwohner aktiv in die Debatten um die Gestaltung dieses Areals im Bereich des ehemaligen Mauerstreifens eingesetzt. Haben sich nicht nur für die zukünftige Gestaltung der Schwedter in diesem Bereich engagiert, sondern für den gesamten Kiez. Wenn aber ganze Pläne zugunsten eines einzelnen Investors über den Haufen geworfen werden sollen, werden die Bürger nicht mehr informiert, geschweige denn gefragt. Und alte Zusagen über die Verkehrsberuhigung der Schwedter Straße verschwinden sang- und klanglos im Papierkorb.

In der Stadt seien solch verkehrsberuhigte Idyllen unpassend, wird den protestierenden Anwohnern entgegengehalten. Aber auch eine Stadt braucht Grün und Ruhepunkte, damit die Menschen in ihr Leben können. Und Sie braucht sie gerade in

den dicht besiedelten Kiezen der Innenstadt. Deshalb beteiligen sich nicht nur die Anwohner der unmittelbar betroffenen drei Straßen, sondern Bewohner des ganzen Gleimviertels und auch benachbarter Kieze an der Protestaktion gegen die „ALDI-Straße“.

Wessen Interessen?

In die Gestaltung des Areals sind in den letzten Jahren mehrere Millionen öffentlicher Gelder und privater Spendenmittel geflossen: Kinderbauernhof, Mauerpark, Spielplatz, Kletterfelsen. Sollen all diese Investitionen jetzt im Interesse eines Investors massiv abgewertet werden? Mehr Verkehr bringt mehr Lärm, mehr Schmutz und mehr Unsicherheit, insbesondere für die Kinder und ältere Mitbürger, die Mauerpark und Kinderbauernhof besuchen.

Der Investor hat ein Grundstück am Ende der Schwedter Straße. Seinen Verwertungsinteressen sollen jetzt die Interessen der Anwohner, der öffentlichen Infrastruktur und der anderen Grundstückseigentümer untergeordnet werden? Der Investor will ja nicht einfach einen Anschluß seines Grundstücks an das öffentliche Straßenland, die ihm selbstverständlich zusteht. Nein, er will einen ganzen Straßenzug über zwei Häuserblocks nach seinem Verwertungsinteresse umgebaut, die Fahrbahnbreite verdoppelt haben. Warum sollen gegenüber den Interessen des ALDI-Handleskonzerns alle anderen Interessen unerheblich und nachrangig sein?



Kinderbauernhof und Zufahrt zum ALDI-Markt?

Bürgerinitiative

Es hat sich unmittelbar auf der Einwohnerversammlung die Bürgerinitiative „Keine ALDI-Straße“ gebildet, um die Interessen der Anwohner in dieser Angelegenheit artikulieren zu können. Der BI haben sich innerhalb weniger Tage bereits über 70 Bürger angeschlossen. Unter Ihnen auch Hauseigentümer aus der Schwedter Straße, die von der geplanten Verbreiterung der Straße erst durch die Informationskampagne der Initiative und des Bürgervereins Gleimviertel erfahren haben. Sie sind inzwischen beim Bezirksamt vorstellig geworden und verlangen Akteneinsicht in die Genehmigungsvorgänge. Es gibt sehr viele Ungeheimheiten und offene Frage in dieser Angelegenheit. Warum wurde zum Beispiel der Bauantrag des Investors hinsichtlich der städtebaulichen Prüfung ohne alle Folgeabschätzungen und ohne Auflagen genehmigt? Warum geschah dies, obgleich sich aus der Anzahl der geplanten Autoparkplätze und aus der Tatsache, daß eine Verbreiterung des gegenwärtigen Straßenquerschnittes erforderlich sei, unzweifelhaft die Vermutung ergibt, daß diese Einkaufseinrichtung Kundenströme wohngebietsübergreifend generieren soll? Die Bürgerinitiative „Keine ALDI-Straße“ wird Antworten einfordern und alles daran setzen, um eine solche stadtökologische Abwertung ihres Kiezes nicht zuzulassen. Ihr Motto: Die Schwedter ist UNSERE – Keine ALDI-Straße.

Michail Nelken



Swedter Straße – soll so bleiben!

Fotos:
W. Kempe

Bunte Kuh:

Erneuter Überfall

Über zwei Etagen hinweg gingen Fensterscheiben zu Bruch, Rolladen wurden zerstört, Metallschutzgitter aus ihrer Verankerung gerissen und als Schlagwerkzeuge, Flaschen, Steine und anderes als Wurfgeschosse benutzt. Leider hat niemand der Nachbarn in der Nacht vom 16.



zum 17. November 2002 etwas davon gehört oder gesehen. Obwohl es doch eigentlich ruhig ist – in der Nacht. Am Sonntag, um 8 Uhr morgens, klingelt die Polizei den Sozialarbeiter des Klubs in der Parkstraße (Weißensee) aus seinem heimischen Bett. Nicht zum ersten Mal wurde der Jugendklub von Menschen, denen die dortige engagierte und Position für ein demokratisches, selbstbestimmtes und friedliches Zusammenleben beziehende Jugendarbeit ein Dorn im Auge ist, überfallen. Seit einem dreiviertel Jahr häufen sich die Übergriffe und Pöbeleien. „Sieg Heil!“-Rufe aus vorbeifahrenden Autos sind dabei noch das Harmloseste. Aus einem offenen Haus ist inzwischen ein Haus geworden, daß nach Eintritt zu später Stunde im-

mer wieder verschlossen werden muß. Wenn man gegen Mitternacht den Klub besucht, unerwartet Lärm vor dem Haus vernimmt, spürt man sehr deutlich, wie angespannt die Situation unter Besuchern und Mitarbeitern ist. Vertreiben oder einschüchtern läßt sich allerdings niemand.

Der Überfall vom Sonntag, den 17. November, hat nur deshalb keine Schwerverletzten gefordert, weil sich zum Zeitpunkt der Tat niemand im Haus aufhielt. Das dem so war, konnten die Täter nicht wissen, am Wochenende zuvor wäre das anders gewesen. Glück gehabt? Schon zwei Tage später gibt es Gerüchte um einen neuerlichen Überfall. Hoffentlich hören und sehen die Nachbarn dann etwas.

Ines Pohl

Netzwerk Reformlinker

Debatte

Die innerparteiliche Debatte geht weiter. Viele haben nach dem Parteitag in Gera das Gefühl, daß die dort gegebenen Antworten auf die Krise in der Partei nicht überzeugen und die dort eingeschlagene Richtung in die gesellschaftliche Isolation führen kann. Diese Furcht war einer der Gründe, warum sich zirka 150 PDS-Mitglieder und Sympathisanten aus der ganzen Bundesrepublik am 09. November 2002 im Prenzlauer Berg trafen, um über die Notwendigkeit einer Gründung eines Diskussionsnetzwerkes zu beraten.

Nach der Vorstellung der Einlader Sonja Kiesbauer, Katina Schubert und Paul Schäfer, die auch die Versammlungsleitung übernommen haben, wurde der erste Teil der Veranstaltung zur Diskussion über die Einschätzung der aktuellen Situation innerhalb der Partei genutzt. Die Einleitungsstatements hielten Dr. D. Wittich und C. Spehr. Wittich begründete mit einer Vielzahl von Fakten, daß unsere Konzepte nicht

die Veränderungen in der Gesellschaft widerspiegeln. Krisen in der Gesellschaft werden von uns nicht thematisiert. Darum kann die PDS auch keine Markenzeichen setzen. Als Lösung sieht Wittich, die programmatische Debatte in diese Richtung zu treiben. Anknüpfend an seinen Beitrag sprach C. Spehr über die Notwendigkeit, sich auch das ideologische Rüstzeug dafür anzueignen, wie man mit politischen Tagesfragen umgeht. In der momentanen Situation ist es unumgänglich, die Partei auf allen Ebenen zu öffnen, die parteiinterne Demokratisierung und die Diskussion zum Programm voranzutreiben. Dabei ist zu klären, was eine linke Partei heute ist.

Nach einer Pause forderte S.-Y. Kaufmann ein, endlich die Geschichte der BRD als eigene Geschichte anzunehmen und eine kritische Sicht auf die eigene Parteigeschichte zu entwickeln. Auch sie stellte fest, daß die Verantwortung für die Kultur in der Partei

ständig angemahnt, aber auch ständig verletzt wird. In der Debatte zu ihrem Beitrag, betonte K. Schubert, daß es notwendig ist, unterschiedliche Versuche reformlinker Politik zusammenzufassen. Der Idee von längerfristigen Veränderungen in der Gesellschaft und die tägliche politische Arbeit vor Ort müssen miteinander vereinbar beantwortet werden und nicht zur Diskrepanz führen. Die Ergebnisse der rot-roten Koalitionen werden das Wahlverhalten auch bundesweit bestimmen, deswegen ist die Unterstützung der beiden MdB's und unserer Minister und Senatoren gerade konzeptionell dringend notwendig. Nicht abstrakte Ideologie, sondern das konkrete Leben bewegt die Menschen und ändert ihre Sichtweisen.

Am Abend wurde der Beschluß zur Gründungsversammlung des „Netzwerkes Reformlinke“ am 15./16. Februar 2003 gefaßt. Das Ergebnis des Samstags ist ein Anfang, ob es ein Erfolg war wird die Zukunft zeigen. *Katrin Maillefert*

Aus Leserbriefen zu einem Leserbrief

„Gute Nacht, PDS!“

Wir verstehen nicht, was Ihr Euch bei diesem „Leserbrief“ gedacht habt?? ... Wie könnt Ihr eine solch informative und politisch ausgewogene Zeitung am Ende ohne jeden Kommentar so herunterreißen? Wir sind empört!! Diesen Artikel können wir unseren Lesern nicht zumuten. *BO 49/ 50 (Pankow)*

Dümmer und verleumderischer geht's nimmer. Warum druckt Ihr nicht gleich die Kommentare der Bildzeitung ab?

Dr. Hans-Joachim Gollnick

Die Zeitung kann man nur Mitgliedern der PDS übergeben; sie beschäftigt sich überwiegend mit parteiinternen Dingen und ist nicht angetan, für die PDS zu werben. Von Euch erwarte ich, daß Ihr doch etwas mehr Sorgfalt walten laßt, was die Veröffentlichung von Leserbriefen angeht.

Hannelore Franz

Ist das die Antwort der selbsternannten „Reformer“ auf die Beschlüsse von Gera?

Eberhard Claußen

Persönlichkeiten, die für eine gerechte Sache gestritten haben, müssen sich nicht von „Reformern“, Renegaten und ähnlichen Kräften, welche die PDS zunehmend von innen her zersetzen, auch noch beschimpfen lassen.

Thüring

Wir fordern ... die sofortige Ablösung der Redakteure und eine Neubesetzung der Redaktionskommission, die endlich garantiert, daß die vielen kritischen Hinweise aus den Basisorganisationen ernst genommen werden und Erscheinungsbild und Inhalt entsprechen verbessert werden. Bis das erfolgt, stellen wir die Verteilung von extraDrei in Buch ein.

Vorstand und Sprecherrat der PDS Berlin- Buch

Dem Bezirksvorstand sei angeraten, gegen diesen Herrn Müller (sofern er Mitglied der PDS ist) wegen dieses parteifeindlichen und partei-

schädigenden Inhalts seines Briefes ein Parteiausschlußverfahren bei der Landesschiedskommission zu beantragen. *Günter Schmidt*

Jede ordentliche Zeitung verweist im Zusammenhang mit Leserbriefen schriftlich darauf, daß damit „nicht die Meinung der Redaktion wiedergegeben wird“ und sie sich „das Recht auf Kürzung“ vorbehält. Ein solcher Hinweis fehlt bei extraDrei. *Annemarie Görne*

Ich bin nicht gewillt, eine Zeitung zu verteilen, die sich erlaubt, einen Hetzartikel im Nazijargon zu drucken. *Fritz Ulrich*

Der Vorstand und mehrere GenossInnen unserer BO bringen ihren schärfsten Protest ... zum Ausdruck. *Vorstand der BO 27/ 28 (Pankow)*

Dieser Brief ist unflätig und zynisch! *Hans-Lothar Pones*

Die Art der Aufmachung und Platzierung läßt übrigens klar erkennen, daß es kein zufälliger Leserbrief ist, sondern eine bewußte Aktion.

Leitung der BO Blumenviertel

Soll extraDrei zum Schmierblatt sich revolutionär dünkender Harsardeure werden? *Therese Heyer*

... daß ich nicht eine Schrift der NPD, der Reps oder einer anderen Naziorganisation in der Hand halte. *Siegmond Schillhabel*

Wir werden diese Ausgabe nicht verteilen.

BO-Vorsitzende des Bötzowviertels

Was soll die parteiinterne Wahlkampfbeschreibung? Die Meinung der Bürger, die uns nicht gewählt haben, wären mir wichtiger gewesen. Kennen wir die? *Hans Kaschade*

Da ich nicht gewillt bin, mir zukünftig eine solche Lektüre weiter anzutun, erwarte ich, daß sich Ihre Zeitung zukünftig nicht mehr in meinem Briefkasten findet.

Holger Vogel



„Rohrkrepierer“

so nannte Michail Nelken den Abdruck des Leserbriefes „Guten Morgen, Genosse Dschugaschwili“ in der November-Ausgabe von extraDrei. Die vielen empörten Zuschriften und Telefonanrufe unserer Leserinnen und Leser, unserer Genossinnen und Genossen geben ihm recht.

Wir teilen nach vielen, meist sehr sachlich geführten Gesprächen, die Auffassung, daß die Veröffentlichung in dieser Aufmachung ein Fehler war. Die Platzierung auf der letzten Seite an Stelle einer Glosse und die Überzeichnung durch das gewählte Foto konnten offenbar den *auch aus unserer Sicht* provokativen Charakter der Zuschrift nicht zumutbarer machen. Das bedauern wir. Hinzu kommt der handwerkliche Fehler, auf den Annemarie Görne aufmerksam macht; bis zur Juli/August-Ausgabe 2001 hatten wir einen solchen Hinweis im Impressum.

Kritik gab es auch vorher, einen faktischen Verteilungsboykott noch nicht. Das macht uns betroffen. Einige von unseren Lesern gewählte Vergleiche sind für uns jedoch unerträglich.

Es bleibt die Frage: Wie gehen wir mit solchen Meinungen von „Bürgern, die uns nicht gewählt haben“ (Hans Kaschade), künftig um? Ignorieren oder mit Verachtung strafen, wird nicht helfen, verlorenes Vertrauen wieder zu gewinnen.

Die Redaktion

Ortsgeschichte

Albert Taubmann



Albert Taubmann, ein Weißenseer Bezirksstadtrat aus Stralsund. Ge-

fördert vom Verein der Weißenseer Heimatfreunde, hat Gernot Bandur im Juni 2002 eine biographische Skizze über Albert Taubmann vorgelegt. Sein faktenreiches Material vermittelt interessante Einblicke in das Wirken eines unserer politischen „Vorfahren“ am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Einige Stationen seien genannt: geboren am 20. Februar 1866 in Stralsund, 1890 Übersiedlung nach Neuweißensee, Kreis Niederbarnim, Arbeit als Buchdrucker, seit 1899 Vorsitzender der SPD-Ortsorganisation Weißensee, seit 1903/04 Mitglied der Gemeindevertretung – gewählt wurde noch nach dem Dreiklassenwahlrecht –, Delegierter auf SPD-Parteitag, vom

13. November 1918 bis 19. Oktober 1919 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin-Weißensee, seit Juli 1919 Schöffe und Beigeordneter in der Gemeindeverwaltung, nach der Bildung von Groß-Berlin 1920 und den Wahlen 1920 und 1921 Bezirksstadtrat und Stellvertretender Bürgermeister in Weißensee bis zu seinem Tode am 23. Mai 1925.

Wie kam die Berliner Straße zu ihren ersten öffentlichen Bedürfnisanstalten, wie die Gemeinde zu einer Seebadeanstalt? Bei Gernot Bandur kann man es nachlesen.

(zu beziehen über: G. Bandur, Else-Jahn-Str. 37, 13088, gegen eine Spende von 4 Euro)

K.G.



Ehrung für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

12. Januar 2003: Gedenkstätte der Sozialisten, Friedrichsfelde

Der Landesvorstand der PDS Berlin betrachtet das stille Gedenken, die Demonstration zur Gedenkstätte der Sozialisten sowie die Kranzniederlegung am Landwehrkanal als Bestandteile der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des Jahrestages ihrer Ermordung. Der Landesvorstand ruft alle Genossinnen und genossen, Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, an den verschiedenen Formen der Ehrung teilzunehmen.

WANNWOWASWANNWOWASWANN

Hinweis

Die Geschäftsstelle und die Kiezbüros der PDS Berlin Drei bleiben in der Zeit vom 21. Dezember 2002 bis zum 5. Januar 2003 geschlossen.

- | | |
|--|--|
| 7. Januar
17.30 Uhr Treff OV Weißense
im Kieztreff Pistoriusstraße 24 | 23. Januar
18 Uhr Basistag, Laden im Drit-
ten, Kopenhagener Straße 76 |
| 12. Januar
ab 9 Uhr Gendenken an Rosa und
Karl in Friedrichsfelde | 29. Januar
17.30 Uhr 12. Tagung der
Bezirksverordnetenversammlung,
Bezirksamt Fröbelstraße 17 |
| 13. Januar
19.30 Uhr Bezirksvorstand, Laden
im Dritten, Kopenhagener Str. 76 | 22./23. Februar
Landesparteitag der PDS Berlin |



Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern von extraDrei ein fröhliches Weihnachtsfest und ein gesundes Neues Jahr.

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede
und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 5. Dezember 2002
Druck: double express Auflage: 14.000

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders /der Spenderin.